**Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg
Ralf Derichs
zum Entwurf des Haushaltsplans 2019**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir heute über den Haushalt des Kreises Heinsberg beraten, dann bewerten wir zum einen die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Kreises. Wir betrachten aber auch, was der Kreis aus den sich hieraus ergebenden Möglichkeiten macht: Wie stellt er sich für die Zukunft auf? Wie nutzt er die sich ergebenden Chancen? Wie wollen wir in Zukunft im Kreis Heinsberg leben? Welche Vision haben wir für die Zukunft unserer Heimat?

Bevor ich aber zu der Frage komme, ob der uns heute vorliegende Haushaltsentwurf einer positiven Bewertung unter den genannten Aspekten standhält, gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück in die Arbeit des Kreistages im nun zu Ende gehenden Jahr.

Das Highlight war aus der Sicht der SPD-Fraktion die Erarbeitung und der Beschluss eines neuen Leitbildes für den Kreis Heinsberg. Intensiv mitgearbeitet haben neben meiner Fraktion CDU, FDP und – auch wenn diese am Ende leider nicht mehr mit im Boot saßen – die Grünen. Ich glaube, dass uns da etwas wirklich Gutes gelungen ist.

- Wir haben uns darauf verständigt, die Strukturentwicklung, die Wirtschaft und die Digitalisierung in den Focus unsrer Arbeit zu nehmen.
- Wir haben uns mit dem absehbaren Auslaufen der Braunkohlenförderung befasst und uns vorgenommen, den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Wir streben die verstärkte Zusammenarbeit mit Hochschulen an und sprechen von der Schaffung von modernen, bedarfsgerechten Arbeitsplätzen hier bei uns im Kreis.
- Wir haben uns darauf verständigt – und das war für uns als SPD besonders wichtig - dass wir uns um die Wohnsituation im Kreis kümmern wollen. Hier lebende Menschen sollen in jeder Lebensphase auf ein ihrer Lebenssituation entsprechendes Angebot treffen. Später dazu mehr.
- Wir haben uns darauf verständigt, im Sinne der Mobilität aller Generationen einen funktionierenden und bedarfsgerechten Nahverkehr zu schaffen und für ein entsprechendes Busangebot – sowohl in den Kern- als auch in den Randzeiten – zu sorgen, trotz der besonderen Herausforderung angesichts unserer ländlichen Struktur.
- Wir haben uns darauf verständigt, Menschen – wo nötig – zu unterstützen und helfend zu begleiten.
- Und ja, neben den Zielen in vielen weiteren Feldern haben wir uns auch darauf verständigt, das allen unter Gesichtspunkten einer nachhaltigen und soliden Haushaltspolitik zu verwirklichen.

Wie eingangs gesagt: Ich glaube, uns ist da wirklich etwas Gutes gelungen. Richtig schade, dass jemand, der auf der Internetseite des Kreises nach dem Leitbild sucht, noch immer auf

das mehr als zehn Jahre alte Leitbild aus dem Jahr 2007 stößt. Viel schlimmer als das ist jedoch, dass der uns nun vorliegende Haushaltsentwurf kaum spürbar dem mit großer Mehrheit erst vor drei Monaten beschlossenen Leitbild gerecht wird. Weder seinem Text, noch seinem Geist.

Das neue Leitbild sollte Aufbruch signalisieren. Von diesem Aufbruch ist im Haushaltsentwurf wenig zu finden.

- Der uns vorgelegte Haushaltsentwurf verwaltet Bestehendes. Das neue Leitbild sollte den Menschen vermitteln, dass der Kreis – wo nötig – an ihrer Seite ist.
- Der uns vorgelegte Haushaltsentwurf enthält hierzu nicht einmal Hilfsangebote, die anderswo pure Selbstverständlichkeiten sind.
- Das neue Leitbild sollte deutlich machen, dass der Kreis die sich aus dem notwendigen Strukturwandel ergebenden Herausforderungen annimmt. Im vorgelegten Haushaltsentwurf ist nichts davon zu finden.
Und weil das so ist, lehnt die SPD-Kreistagsfraktion den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Das inhaltliche Defizit wird umso deutlicher, wenn wir in unsere Nachbarkreise schauen. „Kreis Düren hat große Vision“ - lautete die Schlagzeile in den Heinsberger Nachrichten am vergangenen Samstag. Der Kreis Düren möchte europaweit der Vorreiter für nachhaltige Antriebstechnik auf Straßen und Schienen werden, war dort zu lesen. Bis 2030 solle der öffentliche Nahverkehr dort emissionsfrei sein. Ausdrücklich stellt der dortige Landrat die Initiative in den Zusammenhang mit dem Strukturwandel aufgrund des zukünftigen Endes der Braunkohleförderung, von dem der Kreis Düren ebenso betroffen ist wie der Kreis Heinsberg. Der Kreis Düren soll Standort für die Wasserstoffproduktion werden und möchte künftig die Oberzentren Köln und Aachen sowie die benachbarten Kreise – also wohl auch uns – beliefern.

Aber nicht nur gen Süden, auch nach Norden lohnt sich der Blick. Im Kreis Viersen bemüht man sich um die Gründung einer Europa-Universität auf der deutsch-niederländischen Grenze zwischen Nettetal und Venlo. Die Gründung von 20 dieser Universitäten will die Europäische Kommission bis 2024 fördern, sechs davon im Rahmen eines Pilotprojektes schon im kommenden Jahr, wofür 30 Millionen Euro an Fördergeld bereitsteht. Eine dieser Europa-Universitäten soll nach Nordrhein-Westfalen. Obschon die Bewerbungsfrist für die Universität erst Ende Februar 2019 endet, verkündet der dortige CDU-Landtagsabgeordnete, CDU und FDP im Landtag hätten der Landesregierung bereits vorgeschlagen, die Universität in den Kreis Viersen zu vergeben. Bleibt zu hoffen, dass sich die Landesregierung noch mögliche Alternativen anschaut. Gibt es in Nordrhein-Westfalen einen besseren Standort als den Kreis Heinsberg mit seiner Nähe nicht nur zu den Niederlanden, sondern auch zu Belgien und der damit verbundenen Möglichkeit zur Kooperation von drei europäischen Partnern? Ein Antrag hierzu von SPD und Freien Wählern steht heute ja noch zur Tagesordnung. Aber es stellt sich schon die Frage, warum der Landrat nicht von sich aus bereits initiativ geworden ist. Ein weiteres Mal beweist er damit, dass es mit seiner Vernetzung in Düsseldorf nicht weit her sein kann. Und angesichts des Engagements des CDU-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Viersen stellt sich die weitere Frage: Was treiben unsere Landtagsabgeordneten, die ja ausnahmslos den Regierungsfractionen angehören, in Düsseldorf eigentlich so? Haben die das überhaupt auf dem Schirm? Bleibt zu hoffen, dass die Angelegenheit nicht zum Déjà-vu-Erlebnis wird: Bereits im Jahr 2008 ging der Kreis Heinsberg bei der Gründung neuer Fachhochschulen durch die damalige Regierung Rüttgers leer aus. Aus unserem Kreis kam seinerzeit nicht einmal eine Bewerbung, wie die SPD-Fraktion es damals gefordert hatte.

Weil man im Kreis Heinsberg lieber den Dornröschenschlaf verwalten will – anstatt mutig nach vorne die Zukunft zu gestalten. Auch anderswo in der Region werden Ideen entwickelt. Betrachten wir das Rheinische Revier, das von der damaligen rot-grünen Landesregierung als Innovationsregion gegründet wurde und jetzt den Namen Zukunftsagentur trägt. Im Rhein-Kreis Neuss wird mit deren Unterstützung die Schaffung eines „Industriepark Kreislaufwirtschaft“, ein innovatives Recyclingzentrum, ins Auge gefasst. In der Städteregion Aachen ist es der Ausbau des Flugplatzes Merzbrück zum Forschungsflugplatz, wo die Chancen der Elektromobilität im Flugverkehr erforscht werden soll. Im Kreis Düren wurde ein Produktionsstandort für den Street-Scooter eröffnet.

Wenn man all die Aktivitäten um uns herum betrachtet, die Ideen, die im Rheinischen Revier entwickelt werden, stellt sich die Frage: Welche Vision vom Strukturwandel, welches Zukunftsbild hat der Kreis Heinsberg? Welche Ideen gibt es hier bei uns? Antworten hierauf sind im vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zu finden. Gehört der Kreis nicht auch zum Rheinischen Revier? Warum sind alle Beteiligten rings um uns herum unterwegs mit neuen Ideen, mit neuen Projekten – und nur im Kreis Heinsberg schläft man ruhig vor sich hin?

Wesentliches Merkmal des Haushalts 2019 ist es vielmehr, die Ausgleichsrücklage – trotz einer vorgesehenen Entnahme von knapp 2 Mio. Euro – auf hohem Niveau zu halten, um für schlechte Zeiten gewappnet zu sein. Zukunftsfest macht man den Kreis in wirtschaftlich guten Zeiten – und in solchen befinden wir uns gerade – jedoch nicht alleine durch Sparen, sondern durch das Entwickeln und Finanzieren von Ideen und modernen Projekten, die den Menschen bei uns Zukunft und gute Arbeit sichern. Hinweise dazu im Haushaltsentwurf: Fehlanzeige! Sinnbild für das Versagen bei uns im Kreis ist nach wie vor das seit Jahrzehnten ungenutzt brachliegende und weiterhin nicht ausreichend angeschlossene Industriegebiet Geilenkirchen-Lindern.

Angesichts all dessen wollte ich eigentlich die Metapher vom Schlafwagen verwenden, in dem sich der Kreis Heinsberg befindet. Aber selbst im Schlafwagen geht es ja vorwärts. Im Kreis Heinsberg hingegen herrscht in vielen Bereichen Stillstand. Er befindet sich im Dornröschenschlaf.

Weiteres wichtiges Zukunftsthema für den Kreis Heinsberg wird die Entwicklung der Wohnsituation bei uns sein. Zur Erinnerung: Die NRW-Bank hat in einem Gutachten einen Fehlbedarf von 5.000 Wohnungen ausgemacht. Die in Auftrag gegebene Wohnungsmarktstudie, die Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden soll, wird uns weitere Hinweise geben. Fest steht: Der Markt regelt nicht alles und die Ausweisung weiterer Baugebiete alleine wird nicht ausreichend sein, die Schaffung von vor allem preiswertem Wohnraum sicherzustellen. Der Kreis und die Kommunen sind angehalten, eine aktive Wohnungsmarktpolitik zu betreiben. Wieder lohnt sich ein Blick in den Kreis Viersen, wo eine Kreiswohnungsgesellschaft erfolgreich arbeitet.

Im Bereich der Schulen hat sich der Kreis im vergangenen Jahr sehr umfassend mit der Planung von Baumaßnahmen beschäftigt. Im Gegensatz zu meinen bisherigen Ausführungen: Als Schulträger lässt sich viel Positives über den Kreis Heinsberg sagen. Die Schulen sind gut ausgestattet und werden durch die geplanten Baumaßnahmen, die im Rahmen des Programms Gute Schule 2020 mit viel Geld aus Düsseldorf und Berlin umgesetzt werden, in einen Zustand versetzt, der (zumindest vorerst) baulich keine Wünsche mehr offen lässt. Die Erweiterung der Rurtal-Schule, die Modernisierung der Biologieräume einschließlich der Laboreinrichtung und der Neubau des Forums des Kreisgymnasiums, der Abbau Hollandbauten und der Neubau des Forums einschließlich der Nebenräume im Berufskolleg

Erkelenz, die Erweiterung des Forums um einen Sanitärtrakt, einer Umkleide und einem Lager im Berufskollegs in Geilenkirchen und schließlich der Neubau der Janusz-Korczak-Schule sind Investitionen in die Zukunft, wie wir sie uns auch an anderer Stelle wünschen würden.

Positiv ist auch die Rolle des Kreises als „Vermittler“ bei der Erstellung eines kreisweiten Schulentwicklungsgutachtens, dessen Ergebnisse wir mit Spannung erwarten. Nach der Veröffentlichung und Vorstellung im Januar werden weitere Auseinandersetzungen und Diskussionen unvermeidlich sein und müssen weitere Folgerungen aus den Ergebnissen gezogen werden.

Insbesondere die Situation der schwach qualifizierten Schülerinnen und Schüler müssen wir im Blick behalten und auch die der Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. Gerade hier fehlt auch nach unserer Einschätzung eine gute Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schule. Häufig sind es noch Einzelmaßnahmen engagierter Beteiligter, punktuelle Best-Practise-Beispiele, da wo es funktioniert. Ein durchgängiges Konzept mit präventiven Maßnahmen vermissen wir im Bereich der Jugendhilfe. Der Aufbau eines Präventionsnetzes für Kinder und Jugendliche von den Frühen Hilfen bis zum Ende der Schulzeit wäre eine solche Zukunftsvision. Wir erhoffen uns insbesondere in diesem Bereich beim Jugendamt – nun unter neuer Leitung – neue Impulse.

Zum zweiten Mal hat die Controllingstelle nun einen Bericht vorgelegt. Eigentlich sollte ja, so sieht es ein Kreistagsbeschluss auf Antrag von CDU und FDP aus 2012 ja vor, im Rechnungsprüfungsausschuss vierteljährlich, und dem Finanzausschuss und dem Kreistag halbjährlich über deren Arbeit berichtet werden. Nachdem im letzten Jahr mit dem Personalbericht erstmals ein Bericht vorgelegt wurde (warum wurde der eigentlich nicht fortgeschrieben?), ist es diesmal der Prozessmanagementfortschrittsbericht. Lesen Sie sich den ruhig mal durch. Es dauert nicht lange – es sind nur 13 Seiten plus einige Anlagen. Der größte Teil beschränkt sich darauf, zu beschreiben, was Prozessmanagement überhaupt ist und wieweit es in Deutschland verbreitet ist. Liebe Fraktionen von CDU und FDP, schauen Sie sich dieses Heftchen an und stellen Sie sich selbst die Frage, ob es das ist, was sie bei der Einführung des Controllings im Jahr 2012 wirklich gewollt haben. Was man dem Bericht immerhin entnehmen kann, gibt es in der Kreisverwaltung Pools und Schwimmbahnen. Das Haupt- und Personalamt zum Beispiel ist die Schwimmbahn 10, das Ordnungsamt die Schwimmbahn 32. Herr Landrat, wir haben uns schon die Frage gestellt: Wenn die Kreisverwaltung einer Badeanstalt gleicht, wer ist denn dann – um im Bild zu bleiben – der Bademeister?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Controlling-Stelle nun zu einem ernsten Thema. Ich habe davon gesprochen, dass es im Kreis Heinsberg Angebote nicht gibt, die anderswo Selbstverständlichkeiten sind. Ein Beispiel hierfür ist die Verbraucherberatung, die von der Landesregierung gefördert wird und landauf, landab zum Standard kommunaler Daseinsvorsorge gehört, für die die Kreistagsmehrheit für den Kreis Heinsberg aber keine Notwendigkeit sieht. Oder auch das School & Fun-Ticket. Was sich jedoch in den letzten Wochen in der Diskussion um eine Frauenberatungsstelle im Kreis Heinsberg abgespielt hat, ist ein Skandal.

Hier einige Fakten aus einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema Gewalt gegen Frauen:

- 40% der Frauen in Deutschland haben seit dem 16 Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt.
- 25% der Frauen erlebten häusliche Gewalt
- 13% der Frauen haben strafrechtliche sexuelle Gewalt erlebt.
- 37% der von körperlicher und 47% der von sexueller Gewalt Betroffene haben mit niemanden darüber gesprochen oder erst Jahre nach der Tat. Die Dunkelziffer liegt hier noch wesentlich höher.
- Die WHO bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen weltweit.

„Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist auf das Schärfste zu verurteilen. Die Mitarbeitenden in den Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern leisten eine unverzichtbare Arbeit bei der Unterstützung und Hilfe für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen.“ Die beiden Sätze sind ein Zitat und stammen von Ina Scharrenbach, der Gleichstellungsministerin unseres Landes. Und weiter: „Die Landesregierung hat eine Sicherung der Frauenberatungsinfrastruktur zugesagt und setzt diese nun um. Erstmals seit Jahren bekommen nun auch die Frauenberatungsstellen mehr Geld für ihre Arbeit.“ Ich wiederhole: „Unverzichtbar“ nennt Ina Scharrenbach die Frauenberatungsstellen und hat deren „Sicherung“ zugesagt. Da hat sie wohl die Rechnung ohne ihre Parteifreunde im Kreis Heinsberg gemacht, die Frauenberatungsstellen sehr wohl für verzichtbar halten. Der Hinweis auf eine existierende Hotline, an die sich betroffene Frauen ja wenden könnten, ist – entschuldigen Sie die deutlichen Worte – an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Als wenn eine Hotline, die als erste und unmittelbare Kontaktmöglichkeit sicher ein hilfreiches Angebot darstellt, fachkundige Beratung vor Ort ersetzen könnte.

In Deutschland gibt es rund 600 Frauenberatungsstellen, in Nordrhein-Westfalen sind es mehr als 50. Sie beraten in Fällen von häuslicher und sexualisierter Gewalt, bei Stalking und Zwangsheirat. Es gibt Frauenberatungsstellen in ausnahmslos allen Kreisen der Region. Es gibt Frauenberatungsstellen in der Städtereion Aachen, in Jülich für den Kreis Düren, in Euskirchen, in Viersen und Mönchengladbach, in Kerpen für den Rhein-Erft-Kreis und in Neuss. Im Kreis Heinsberg soll es keine geben.

In Berlin hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD vereinbart, die Hilfsstrukturen für Opfer von Partnerschaftsgewalt zu verbessern. Die Bundesregierung will weitere Hilfe fördern und steckt bis 2020 mehr als 35 Millionen Euro in ein Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen. Ein von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ins Leben gerufene Runde Tisch, an dem Bund, Länder und Kommunen mit Fachleuten aus der Praxis zusammenarbeiten, tagte im vergangenen Monat ein erstes Mal.

In der gesamten Bundesrepublik Deutschland hat es in diesem Jahr eine breite gesellschaftliche Diskussion zum Thema Gewalt gegen Frauen gegeben, die an Teilen dieses Hauses völlig vorbei gegangen zu sein scheint. Die Polizeiliche Kriminalstatistik für den Kreis Heinsberg 2017 listet 2.700 Straftaten, bei denen vielfach auch Frauen Opfer von Gewalt wurden. Gerade in diesem Deliktsbereich ist die Dunkelziffer noch wesentlich höher. Diesen Geschädigten eine profunde Beratung zu verweigern, ist Ausweis eines sehr befremdlichen Menschenbildes. Die vornehmste Art allen staatlichen Handelns muss es bleiben, Prävention zu betreiben, bevor das Kind in den Brunnen fällt. Und eine erste Anlaufstelle zu bieten, um Betroffenen zu helfen.

Seit 24 Jahren gehöre ich jetzt diesem Kreistag an. Sollte es heute bei der Ablehnung der Einrichtung einer Frauenberatungsstelle im Kreis Heinsberg bleiben, wäre es das erste Mal, dass ich mich für dieses Parlament schämen müsste. Ich habe einige Gründe aufgeführt, weshalb die SPD-Fraktion heute gegen den vorgelegten Haushaltsentwurf stimmen wird. Die fehlende Finanzierung einer Frauenberatungsstelle ist ein ganz wichtiger Grund, der alleine schon eine Zustimmung schwer machen würde.

Was für uns als SPD-Fraktion in diesem Haushalt fehlt, sind auch die Maßnahmen und Anstrengungen, die auch Menschen bedenken, denen es nicht gut geht und die sich am Rande der Gesellschaft befinden. Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen und sie „abhängen“. Wir laufen Gefahr, sie in die Arme von extremen Parteien und Bewegungen zu treiben. Auch noch einmal ansehen müssen wir uns die Kita-Gebühren, solange diese nicht endlich abgeschafft sind. Ein Gespräch der Landeselternschaft mit den Kreistagsfraktionen vor einigen Wochen hat hier wichtige Hinweise gegeben.

Sehr geehrter Herr Kämmerer Schmitz, nicht alles, was ich heute kritisch zum Haushaltsentwurf angemerkt habe, findet seine Ursache bei Ihnen. Einen Hinweis möchte ich Ihnen allerdings noch geben: Die gute wirtschaftliche Lage des Kreises ist in erster Linie externen Faktoren und nicht der eigenen Konsolidierung zu verdanken. Der von CDU und FDP initiierte Stelleneinsparungsbeschluss endete ja im Jahr 2017 (Sie erinnern sich – oder falls nicht, tue ich es: 5%. Gibt es eigentlich einen Abschlussbericht hierzu?). Es ist schon zu erwarten, dass dem Kreistag ein Konzept zur weiteren Personalentwicklung vorgelegt wird.

Bei dieser Gelegenheit könnten auch die guten Erfahrungen aus der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes genutzt werden. Warum machen Sie keinen Vorschlag, auch andere Fremdvergaben, wenn sich vor vielen Jahren getroffene Beschlüsse als Irrweg herausstellen. So z.B. beim Reinigungspersonal für die Dienstgebäude des Kreises. Die Kommentare und Beschwerden zur mangelhaften Qualität sind Alltag, die bei privaten Anbietern Beschäftigten Frauen und Männer werden immer mehr zu Opfern eines ruinösen Wettbewerbs nach unten.

Wäre es nicht großartig, wenn der Kreis Heinsberg einmal mutig voranginge, um mit der Wiedereinstellung eigener Reinigungskräfte die Qualität der Arbeit deutlich steigern?

Wäre es nicht großartig, eine Vielzahl von Menschen aus erniedrigenden und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen herauszuholen und in eine geregelte Beschäftigung zu bringen?

Wäre es nicht großartig, auch damit dem neuen Leitbild des Kreises Heinsberg Geltung zu verschaffen?

Wie in den beiden Jahren zuvor haben Sie, Herr Schmitz als Kämmerer des Kreises Heinsberg mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der sie in den Kreisgremien gefasst – aus unserer Sicht falschen – Beschlüsse natürlich zu berücksichtigen hat, aber handwerklich nicht zu beanstanden ist. Jedenfalls haben wir nichts gefunden. Dafür, und auch für Ihre Bereitschaft, alle unsere Fragen im Zuge der Beratungen erneut schnell und offen zu beantworten, sage ich im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Dank.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung und allen Menschen im Kreis eine schöne und friedliche Weihnachtszeit. Hoffentlich finden Sie die Zeit für wenig

Ruhe und Entspannung. Für das Jahr 2019 wünsche ich Ihnen viel Glück, Erfolg und Gesundheit.